

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Kennzeichnung von Lebensmitteln und Arzneimitteln bei der Verwendung von Nano-Teilchen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative zugunsten einer Kennzeichnungspflicht für solche Lebensmittel und Arzneimittel einzusetzen, die mit Hilfe der Nano-Technik verändert worden sind.

**Udo Pastörs und Fraktion**

**Begründung:**

Die gesundheitlichen Risiken von Nahrungsmitteln, die mit Hilfe von Nano-Technik hergestellt werden, sind bisher nicht ausreichend erforscht worden. Die internationale Vereinigung kritischer Wissenschaftler (ETC) hatte jedoch bereits im Jahr 2003 die Forderung nach einem globalen Forschungsmoratorium der Nano-Technologie und dem Rückruf aller Konsumwaren, die Nano-Partikel enthalten, erhoben.

Die Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln, die mit neuen Verfahren und neuen Bestandteilen in den Verkehr gebracht werden, deren Gefährdungspotenzial noch nicht endgültig wissenschaftlich geklärt ist, fällt für Deutschland in die Kompetenz des Bundes. Unabhängig davon hat die Lebensmittelüberwachung auf Landesebene dafür zu sorgen, gesundheitliche Risiken von den Bürgern abzuwenden. Die Landesregierung ist also angehalten, hier im Sinne der Volksgesundheit tätig zu werden.

Bei einer Kennzeichnungspflicht besteht für den Verbraucher zumindest die Möglichkeit, selbstständig zu entscheiden, ob er die mit der Nano-Technologie verbundenen möglichen Gefahren, insbesondere das Eintreten von Nano-Teilchen in die Lunge, den Magen-Darm-Trakt und folgenden Überwindungen von Organschränken wie etwa der Blut-Hirn-Schranke, für sich ausschließt, bis eine zweifelsfreie Klärung erfolgt ist.

Die Landesregierung kommt mit dieser Initiative auch dem im zentraleuropäischen Rechtssystem verankerten Vorsorgeprinzip nach, das im Gegensatz zum US-amerikanischen Rechtssystem, in dem weitgehend eine Gefahrlosigkeit bis zum Beweis des Gegenteils unterstellt wird, bei konsequenter Anwendung einen Schutz der Bevölkerung vor bedenklichen Entwicklungen aufgrund wirtschaftlicher Profitinteressen sichert.